



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/272 - 23.11.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 3 76 54-59

Fernschreiber 039 890

Bundespressechef - immer noch gesucht	S. 1
Rokossowski kennt keinen Pardon	S. 3
Auf dem Wege zur Staatsbürgererziehung	S. 5
Mitbestimmung auch für Groß-Chemie	S. 6

Sprachrohr, Regierungssprecher oder Informationsminister ?

-e. Der fünfte kommissarische Leiter des Bundespresseamtes waltet gegenwärtig seines Amtes. Die Suche nach dem sechsten, der dann der "endgültige" Chef des PRIAM werden soll, geht weiter. Nummer eins bis vier fungierten als Sprachrohre. Ihr schneller Verbrauch ergab sich daraus, daß sowohl die Männer, die sich dafür hergaben, als auch die Bundesregierung die Grenzen menschlicher Willenlosigkeit verkannten. Mit Sprachrohren, durch die von vielen Seiten Luft und Staub geblasen wird, geht es also nicht. "Wir sind der Staubsauger, den man saugen läßt, was niemand für sich oder seine Zwecke verwenden kann", meinte ein junger Mitarbeiter des PRIAM.

Inzwischen offerierte einer der kaum noch zählbaren Kandidaten ein Konzept, das zumindest theoretisch die Möglichkeit bot, mit Klarheit der Kompetenzen so etwas wie eine Pressepolitik zu begründen. Es war Dr. Kiesinger von der CDU. Seiner Vorstellung von einem Informationsministerium stehen wir skeptisch gegenüber, anderen seiner Gedanken, wie denen von der praktisch wirkenden Gemeinsamkeit der demokratischen Parteien in der Festigung und Erhaltung der Demokratie, durchaus zustimmend. Kiesinger wurde abgelehnt. Vom Staatssekretär, über den Ministerialdirektor bis zu den Referenten aller Art und den "journalistischen" Beratern des Bundeskanzlers, gab es keine Kreise und Interessenten mehr, sondern nur noch die gemeinsame Abwehr der Gefahr, daß mit dem Deschangel im Sektor Pressepolitik der Regierung ein Ende gemacht werden könnte. Der tägliche Kampf

um Posten und Einflüsse wurde für einen Moment vergessen, als jemand drohte, die schützende Hecke der ungeklärten Kompetenzen und den kleinen Grenzverkehr zwischen den Pressereferenten einzelner Ministerien oder von der jeweiligen Pressepolitik auf eigene Faust hinwegzunehmen. Die Lehre aus dieser Erfahrung ist die Erkenntnis, daß, so wie die Dinge in der Regierung jetzt liegen, ein weitgehend selbständiger Leiter des PRIAM mit Kabinettsrang nicht möglich ist. Allenfalls den Rang würde die Regierung ihm zugestehen, nicht aber die Kompetenzen.

Bleibt also nur noch die dritte Möglichkeit, als Leiter des PRIAM einen Mann zu suchen, der tatsächlich als Regierungssprecher fungieren kann. Er müßte mit einem Maximum an Selbständigkeit über die Regierungspolitik sprechen, d.h. Rede und Antwort auch über solche Fragen geben können, über die ihm nicht gerade fünf Minuten vorher die Richtlinien erteilt wurden. Das ist sicher eine viel bescheidenere Aufgabe, als alle vagen Pläne von einer Pressepolitik der Bundesregierung. Auch für sie ist es unerlässlich, daß man ein verkleinertes und gestrafftes Bundespresseamt von der Rolle des Staubsaugers löst und ihm sowohl von der Bundeskanzlei, als auch von den Ministerien jede Möglichkeit gibt, um wirklich Presse und Regierung informieren zu können.

Vielleicht sollte in diesem Zusammenhang auch die Frage ernsthaft untersucht werden, ob es nicht doch zweckmäßig ist, dem Auswärtigen Amt seine eigene kleine Informationsabteilung und seinen eigenen Sprecher zu geben. Ein Regierungssprecher in dem von uns angedeuteten Sinn wäre durchaus mehr als die bisherigen Leiter des Presseamtes. Wenn er außer der persönlichen Qualifikation, die er mitzubringen hätte, die Informationen und Kompetenzen erhält, um selbständig sprechen zu können und die Sache der Bundesrepublik dabei als Ausgangspunkt sieht und nicht die Interessen einer Regierungspartei, es wäre einiges für die Überwindung des Dilemmas in dem Verhältnis Regierung/Presse getan. Gerade weil das nicht eine parteipolitische Aufgabe ist, sollte die Regierung endlich an die Lösung herangehen und sich nicht darin erschöpfen, ein Sprachrohr nach dem anderen zu verbrauchen. Ein Regierungssprecher wird bestimmt nicht aus dem Kreis der Bewerber gefunden, die aus manchen persönlichen - zumeist der "Karriere" geltenden - Gründen bereitwilligst die These anerkennen, daß der Leiter des Bundespresseamtes nicht schwach und unselbständig genug sein kann, um in Bonn und bei Adenauer eine Jahreszeit überleben zu können.

Der Prozeß Gomulka steht bevor

A-ler. "Gomulka ist mein gefährlichster Feind", soll der polnische Bauernführer Mikolajczyk zu Freunden gesagt haben, als er nach Jahren der Emigration aus London 1945 nach Warschau zurückkehrte, um in die damalige provisorische Regierung als Vizeministerpräsident einzutreten. "Er ist eine starke Persönlichkeit, besitzt eisernen Willen und fanatischen Mut. Er kennt das polnische Volk, besonders die Bauern, er hat einen bestimmten Plan und wird ihn erfüllen". Damals glaubte Mikolajczyk, und mit ihm die Westmächte, daß Stalin sein Versprechen eines freien und unabhängigen Polens erfüllen werde. In Gomulka sah er das größte Hindernis auf dem Wege zu einer aus freien Wahlen hervorgegangenen demokratischen Regierung.

Der Mann, der so viel zur Zerschlagung der Polnischen Bauernpartei beigetragen hat und hauptschuldig wurde an dem Untergang der polnischen Demokratie, war nicht so glücklich wie der von ihm so erbittert bekämpfte Mikolajczyk. Gomulka gelang nicht die Flucht nach dem Westen. Hinter den düsteren Mauern eines Warschauer Gefängnisses erwartet er mit vielen anderen seinen Prozeß. Es wird ein Monstre-Prozeß werden, vergleichbar mit den Prozessen gegen den Ungarn Rnyk und den Bulgaren Kostoff.

Lang, und nach bolschewistischem Standard todeswürdig, ist die Liste von Gomulkas "Verbrechen". Sein größtes, gewissermaßen die Quelle aller anderen, ist seine unbeugsame Charakterstärke: er galt von 1943 an als unbestrittener Führer der polnischen Kommunisten. Er war durch eigene Kraft und nicht durch Moskauer Intrigenspiel und Liebedienerei hochgekommen. Alle anderen, die nun über ihn zu Gericht sitzen werden, sind Geschöpfe des Kreml. Gomulka dagegen versuchte so etwas wie eine unabhängige, eigenständige, eine den Interessen seines Landes dienende kommunistische Partei zu erhalten. Dies ist von allen KP-Führern nur Tito gelungen - das gelang ihm, weil er, gelehriger Schüler des Kreml, alle Schliche und Tücken kannte und weil hinter ihm die jugoslawische Armee stand.

Ein Jahr vor dem Bruch Titos mit Moskau, im Herbst 1947, widersetzte sich Gomulka dem Beitritt der polnischen KP zur Kominform. Ein Jahr später verschärfte sich der Konflikt mit den Moskowitern; als

einzigster trat er gegen die Ächtung der jugoslawischen Kommunisten auf und kritisierte die damals ergangenen Weisungen zur Kollektivierung der polnischen Landwirtschaft. Jene Sitzung verlief so stürmisch, daß es das Zentral-Komitee gar nicht wagte, das Protokoll darüber zu veröffentlichen. Im September 1948 nannte der jetzige Staatspräsident Beirut in der Plenar-Sitzung des Zentral-Komitees Gomulka den Hauptverantwortlichen für "rechtö und nationalistische Abweichungen". Ins schlichte Deutsch übertragen bedeutet dies den Anfang des Niederganges Gomulkas.

Aber noch war Gomulka zu populär. Er stützte sich auf die Sympathien nichtkommunistischer Polen, die in ihm einen Repräsentanten des polnischen Widerstandswillens erblickten. Der offene Bruch wurde vermieden, indem man Gomulka zum Mitglied des Zentral-Komitees der neuen, aus der erzwungenen Vereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten hervorgegangenen Arbeiterpartei, wählen ließ. In der kommunistischen Hierarchie bedeutet oft eine scheinbare Rangerhöhung das Signal zu einem endgültigen Sturz. So auch im Falle Gomulka. Im Januar 1949 wurde er als verantwortlicher Minister für den Wiederaufbau der Deutschland widerrechtlich weggenommenen Ostgebiete entfernt. Diese Entfernung war die Einleitung zu den Verhandlungen zwischen Warschau und Pankow, denen sich Gomulka aus nationalistischen Gründen widersetzt hatte.

Rokossowski's Übernahme der polnischen Armee leitete eine neue Phase ein. Gomulka und der General Spychalski wurden vom Zentral-Komitee ausgeschlossen. Seitdem stand Gomulkas Haus ständig unter Bewachung. In den Generals-Prozessen im August dieses Jahres tauchten die Namen Gomulkas und des früheren Verteidigungsministers Spychalski als Mitverantwortliche immer wieder auf, und Ende Oktober erfolgte der Entzug der Immunität.

Noch befindet sich der Prozeß im vorbereitenden Stadium. Mit Gomulka wurden viele andere ehemalige Minister verhaftet, deren Aussagen die Anklagen gegen ihn erhärten sollen. Gomulka zeigte bisher ungewöhnlichen Mut; selbst als sich sein kommendes Schicksal klar abzeichnete, nahm er von seiner Kritik an den Russifizierungsmethoden nichts zurück. Durch die Verbindung seines Prozesses mit jenem vom General Spychalski, der in den Generals-Prozessen beschuldigt wurde, "Spione und Agenten fremdlicher Mächte zu schützen", soll das moralische Ansehen, das er jetzt mehr als früher besitzt, im Kern getroffen werden. An Gomulka vollzieht sich die Tragödie eines Mannes, der sein ganzes Leben lang Kommunist war, aber nicht Werkzeug des Kreni sein wollte.

Von der Notwendigkeit staatsbürgerlicher Erziehung

d.g. Das Maß an Unkenntnis weiter Bevölkerungsschichten über die Rechte und Pflichten des Staatsbürgers und über die Einrichtungen des parlamentarischen Systems ist noch immer erschreckend. Diese Lücke bei der heranwachsenden Jugend zu beseitigen, die jungen Menschen in das Verantwortungsbewußtsein als Bürger dieses neuen Staates und als künftige Mitverantwortliche für sein Schicksal hineinzuführen, ist freilich der durch das Grundgesetz bedingte Mangel einer zentralen Kultusinstanz nicht gerade angetan. Mühsam hat sich inzwischen die ständige Konferenz der Kultusminister dazu durchgerungen, wenigstens den Ferienbeginn in den einzelnen Ländern zu koordinieren, Reifezeugnisse, Sonderreifeprüfungen und Ausbildung für den höheren Schuldienst gegenseitig anzuerkennen.

In den nächsten Wochen werden diesem Gremium nun aufgrund der Initiative des Bundestages durch Vermittlung des Bundesinnenministers Vorschläge unterbreitet werden, die das Ziel haben, anhand von Leitätzen für den staatsbürgerlichen Unterricht eine bundeseinheitliche Arbeitsgrundlage zu schaffen, ohne in die auf diesem Gebiete sanktionierten Länderreservate eingreifen zu wollen. Darnach soll der staatsbürgerliche Unterricht an allen Schulen vom siebenten Schuljahr an erteilt werden. In den beiden ersten Jahren soll der Unterricht ganz unsystematisch sein und an Begebenheiten und Verhältnisse anknüpfen, die den Schülern bekannt sind. An Berufs- und höheren Schulen wird die Besprechung politischer Tagesereignisse und systematische Behandlung des Gegenstandes empfohlen, wie etwa die Verfassung des Bundes und der Länder, die Verwaltung, die klare Abgrenzung der Kompetenzen, die politischen Parteien und ihre Programme. Auch den volkswirtschaftlichen Grundfragen, wie etwa Produktion, Verteilung, Außenhandel, Preise und Löhne, sowie die Beziehungen zu anderen Ländern und die verschiedenen Formen der Außenpolitik sollte in diesem Zusammenhange bereits ein Augenmerk geschenkt werden. Um zu verhindern, daß an Schulen mit Fachlehrerprinzip die Staatsbürgerkunde zugunsten eines anderen Faches vernachlässigt wird, sollte dieser Unterricht in der gleichen Klasse nicht von einem Lehrer erteilt werden, der auch ein anderes Fach

unterrichtet. Der staatsbürgerliche Unterricht wird also als Hauptfach und bei allen Prüfungen als Examensfach gelten.

Auch über die rein schulische Behandlung hinaus werden den Kultusministern wertvolle Anregungen gegeben, die darauf abzielen, die Einrichtungen des Staates durch im öffentlichen Leben stehende Persönlichkeiten in Vorträgen und Diskussionen der Jugend näherzubringen. Inwieweit hier auch ausländische Einrichtungen für deutsche Verhältnisse nutzbar gemacht werden können, soll der Entscheidung der Kultusminister überlassen bleiben. Allein das amerikanische Beispiel der "Boys and Girls Week", in denen während der Ferien Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren Gelegenheit gegeben wird, in Behörden und Organisationen informatorisch zu arbeiten, scheint der Erwägung wert zu sein. Daß der Heranbildung des Lehrpersonals gleichfalls verbindliche Richtlinien zugrunde gelegt werden müssen, ist selbstverständlich. In einzelnen Ländern des Bundesgebietes sind für die staatsbürgerliche Erziehung bereits erfolgversprechende Ansätze vorhanden. Sie zusammen mit den vom Bundestag ergangenen Vorschlägen zu diskutieren und zu vereinheitlichen, sollte nicht gezögert werden.

+ + +

Kopfschmerzen der Chemie-Arbeiter

-x. Die Industriegewerkschaft Chemie bemüht sich unter Assistenz des DGB, mit der Bundesregierung und den alliierten Behörden zu einer tragbaren Regelung der Mitbestimmung im Bereich der chemischen Industrie zu kommen. Die Verhandlungen dauern seit langem an, und es hat sich ein kurzweiliges Spiel um die Kompetenzen entwickelt, bei dem sich alliierte Behörden und Bundesregierung jeweils die Bälle zuwerfen und die Verantwortung zuschieben.

Für Anfang Dezember erwartet man nun die endgültige Gründung drei großer Kerngesellschaften aus dem ehemaligen IG-Farben-Komplex. Aber der endgültige Termin scheint davon abhängig zu sein, wann es den alliierten Behörden gelungen sein wird, die ausgeparteten Randbetriebe (Gersthofen, Rottweil und Bobingen) günstig zu verkaufen. Auch dabei spielt sich hinter den Kulissen ein eifriges Tauziehen ab und es hat den Anschein, als sollte mit diesen Betrieben unter Führung der Berliner Behring-Werke, die sich gern nach Westdeutschland

vorlagern möchten, ein bayrischer Chemie-Konzern ins Leben gerufen werden. Dabei bliebe die notwendige Rohstoffbasis dieser Unternehmen unberücksichtigt. Notwendiger erscheint es den betriebs erfahrenen Arbeitnehmern, diese Werke und auch Dormagen in den Höchster Komplex einzubeziehen, um den alten Verbund der Werke zu erhalten.

Insbesondere ist zur Aufrechterhaltung des gemeinsamen und damit verbilligten Vertriebs der Erzeugung eine einheitliche Vertriebs-Organisation notwendig. Hier wird vorgeschlagen, den alten Zustand zu belassen und Leverkusen wie Höchst mit je 50 Prozent am Vertrieb zu beteiligen. Die Zerreißung des Vertriebes kann nur zu Verteuerungen führen.

Es hat lange gedauert, bis man geeignete Personen für die Vorstände und Aufsichtsräte der vorgesehenen neuen Kerngesellschaften zusammengesucht hatte. In Kreisen der Alteigentümer der IG-Farben prägte man schon vorher den Begriff "Quislinge" für sie. Die Aussicht auf Aktienumtausch - unbeschadet einer späteren bundesgesetzlichen Regelung - scheint die Bedenken dieser Kreise gemildert zu haben, zumal die Frage der Arbeitnehmervertretung in den Kopfgremien mit größter Zurückhaltung behandelt wurde. So sollen nur zwei Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat entsandt werden. Über die Sozialdirektoren besteht zur Zeit noch größte Unklarheit.

Das war es, was Veranlassung zu einer Vollkonferenz der Betriebsräte aller IG-Farben-Betriebe am 22.11. in Höchst gab, die 100000 Beschäftigte repräsentierten. Die Konferenz protestierte energisch gegen die Mißachtung der Arbeitnehmerschaft und erklärte die vorgesehene Regelung einmütig für unannehmbar. Sie beauftragte ihre Gewerkschaft und den DGB, "alle gewerkschaftlichen Maßnahmen" zu treffen, um die Forderungen der Belegschaften zu verwirklichen.

Als Gewerkschaftskreisen ist dazu zu hören, daß man auf keinen Fall von der Forderung auf paritätische Mitbestimmung abgehen wird, die betriebliche Entwicklung jedoch nicht stören will, wenn von maßgeblicher Seite verbindlich erklärt wird, daß der gegenwärtige Status als Interimslösung bis zur endgültigen gesetzlichen Regelung anzusehen ist. Man ist aber auf keinen Fall bereit, einen Unterschied zwischen den von Ges. 27 (Montan-Industrie) und Ges. 35 (Großchemie) erfaßten Betrieben bezüglich der Mitbestimmung anzuerkennen. In beiden Bereichen haben die Alliierten die Betriebe übernommen und der Entflechtung unterzogen, um die wirtschaftliche Machtkonzentration zu beseitigen. Als Sicherungsfaktor wurde in der Montan-Industrie die Mitbestimmung der Arbeitnehmer durchgesetzt. Was unter dem einen Gesetz rechtens ist, muß unter dem anderen billig sein und darf zumindest von alliierter Seite keinem Widerstand begegnen. Was die innere deutsche Situation anlangt, so steht zu erwarten, daß die Gewerkschaften der Restauration der Alteigentümer durch ihr Verlangen auf Mitbestimmung auch in der Großchemie mit allen verfügbaren gewerkschaftlichen Mitteln begegnen werden.

Verantwortlich: Peter Raunau